

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 38
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: DB 88 846 ppbn d

Inhalt

Heinz-Oskar Vetter MdEP untersucht die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der EG: Dokumente der Hilflosigkeit. Seite 1

Vera Rüdiger MdL beschreibt eine "politische Ohrfeige" für den Bundesinnenminister: Kontroverse Auffassungen in den Bundsratsausschüssen. Seite 3

Anke Martiny MdB stellt fest, daß die Verbraucherschrecken vor Chemikalien haben: Nur ein offener Dialog kann das Mißtrauen wieder beseitigen. Seite 5

Joachim Poß MdB untersucht die Aktivitäten der Ruhrgebiets-CDU und zeigt Konsequenzen für die SPD auf: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. (Teil I) Seite 6

Jean-Noël Rey schildert die Situation in Nicaragua: Die USA schlagen der sowjetischen Machtpolitik eine Bresche. Seite 8

38. Jahrgang / 81

28. April 1983

Dokumente der Hilflosigkeit

Europa steht mit leeren Händen da

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

Das noch vor zehn Jahren geltende wirtschaftspolitische Dogma in ganz Westeuropa lautete: "Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von Übermorgen." Die Wirklichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in allen unseren Ländern hat diesen vermeintlichen Lehrsatz Lügen gestraft. Dagegen stelle ich fest, daß die Investitionen von gestern die Rationalisierungen von heute sind und pausenlos neue Arbeitslose hervorbringen.

Es ist unübersehbar, daß die Politik in unseren Ländern aus den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre keineswegs die richtigen Schlußfolgerungen gezogen hat. Der offensichtlich jetzt praktizierte Lehrsatz lautet: "Der Verzicht von heute ist die Investition von morgen und ein Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit." Genau das, befürchte ich, wird ein Kernstück in der Erklärung der deutschen Bundesregierung sein. Beide Lehrsätze haben eines gemeinsam: Denjenigen, die am wenigsten haben, sollen Lohnverzicht, ja mehr noch, Verzicht auf soziale Rechte und Leistungen moralisch abgepreßt werden. Während sozial unkontrollierte Technik und ungelöste Strukturprobleme die wahren Krisengründe sind,

Vor sich selbst wird dies kein Politiker bestreiten können. Der mangelnde Mut und Angst vor Veränderungen weisen uns den falschen Weg. Ich stelle fest:

1. Jenseits aller konjunkturellen Erwartungen besteht keine Aussicht auf quantitatives Wachstum, das Grundlage für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung sein könnte. Der systematisch verbreitete Zweckoptimismus ist völlig ungeeignet, die wirtschaftliche Lage zu verändern.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany
on recycled paper
Kreuz-Logo



2. In den Zeiten hoher Erträge sind folgendschwere Versäumnisse unter dem Dach einer blanken Wachstumsideologie begangen worden. Ich nenne nur zwei: Ökonomie hatte absoluten Vorrang gegenüber Ökologie; Investitionen mit dem Ziel kurzfristiger Erträge hatten absoluten Vorrang zur Zukunftsinvestitionen zur Behebung der strukturellen Verzerrungen.
3. Industrie und Wirtschaft weigern sich bis heute, auf die zwangsläufigen Folgen der Rationalisierung politisch einzuwirken. Modernisierung und Rationalisierung brauchen wir. Wenn aber nicht gleichzeitig eine Anpassung mit dem Ziel der sozialen Beherrschung von Technik betrieben wird, dann geht jede menschenwürdige Gesellschaftsordnung kaputt.
4. Wirtschaft ist kein Wert an sich. Ob eine Wirtschaftsordnung taugt oder nicht taugt, das zeigt sich in ihrer Wirkung auf die Menschen. Wir kennen diese Wirkungen: Trotz aller Rechenkunststückchen 13 Millionen Arbeitslose in der Gemeinschaft. Die Zeit des Nachdenkens ist abgelaufen. Es muß umgedacht und gehandelt werden.

Die Politik muß sich ändern. Die Politik behilft sich damit, die Verantwortung für die Beschäftigungslage den Sozialpartnern zuzuschieben. Ich bin ein überzeugter Vertreter der Tarifautonomie. Unsere Lage verbietet es, daß die Sozialpartner an die Stelle der Politik treten. Das gilt vor allem für die Umverteilung der Arbeit, das gilt auch für der Neuordnung der Strukturen und nicht zuletzt auch für die Erhaltung der sozialen Solidarität.

Europa, alle seine Institutionen und auch sein Parlament stehen nicht mit leeren Köpfen da, aber mit leeren Händen. Allein die Tatsache, daß wir vier Jahre gebraucht haben, um eine Beschäftigungs-Debatte wie gestern zu erzwingen, verlangt, darüber nachzudenken, welche politischen Folgen das eigentlich haben soll und wird. Zehn Jahre Gipfelkonferenzen haben mich zum Skeptiker gemacht. Ich fürchte, das Europäische Parlament wird seine Ohnmacht zu spüren bekommen.

Ihm wird Kompetenz zugeschrieben - ausreichende Kompetenzen aber haben wir nicht. Aber wir europäischen Abgeordneten haben unsere demokratische Legitimation. Die gilt es zu nutzen. Das Europäische Parlament muß verlangen, daß der Präsident dieses Parlamentes den Standpunkt dieses Parlamentes auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Stuttgart am Verhandlungstisch vertreten kann.

Meine Kritik richtet sich zu allererst gegen den Rat. Was der Rat in seiner Sitzung im März in Brüssel - gemessen an der Größe der Probleme - zustandegebracht hat, ist ein Dokument der Hilflosigkeit. Dazu zitiere ich den Parlamentspräsidenten Piet Dankert. Er hat gesagt: "Ein weiterer Fehlschlag wie das jüngste Brüsseler Treffen der Staats- und Regierungschefs würde schwere Folgen für die Gemeinschaft haben." Das Parlament sollte die Regierungschefs beim Wort nehmen, wenn sie in der Schlußbemerkung ihres Kommuniqués vom März sagen: "Für die erfolgreiche Durchführung seiner Beschäftigungsstrategie betont der Europäische Rat die Bedeutung entscheidender Fortschritte. Der Rat sollte zu einem konstruktiven Dialog zwischen Rat und Europäischem Parlament über dieses Thema beitragen."

13 Millionen Arbeitslose - und täglich werden es mehr - können kein Vertrauen mehr in die Fähigkeit der Politik haben, auf Gipfeltreffen jeglicher Art einen gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einzuleiten. Ich hoffe, daß die Gewerkschaften dem Stuttgarter Gipfel dieses vernichtende Urteil auf den Tisch der Tagung legen werden.

Inflation auf den Arbeitsmärkten - das ist das bisherige Ergebnis der in Westeuropa geführten Wirtschaftspolitik. Dem Hoch auf den Aktienmärkten steht ein Tief auf den Arbeitsmärkten gegenüber.

Es gilt, künftig noch mehr als bisher klarzumachen, worum es nach unserer Überzeugung geht: Um die Umverteilung der Arbeit, um die Umverteilung wirtschaftlicher Macht und um die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. (-/28.4.1983/ks/ca)

+ + +



"Politische Ohrfeige" für den Bundesinnenminister

Kontroverse Auffassungen in den Bundesratsausschüssen

Von Dr. Vera Rüdiger Mdl

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Beherrschendes Thema der kommenden Bundesratssitzung ist der Umweltschutz. Mit der Großfeuerungsanlagen-Verordnung hat der Bundesrat über eine in der Öffentlichkeit besonders intensiv diskutierte Vorlage zu beraten.

Der Bedeutung des Themas entsprach die außerordentlich gründliche Arbeit der Bundesratsausschüsse, aus der rund einhundert Änderungsvorschläge hervorgegangen sind. Die Beratungen dort sind außerordentlich kontrovers verlaufen. Im wesentlichen zufrieden mit den vorgesehenen Regelungen hat sich, von einigen Marginalien abgesehen, lediglich der Wirtschaftsausschuß gezeigt. Er hat sich auch allen sonstigen Änderungswünschen mit dem Hinweis auf zu hohe Kostenbelastungen der Wirtschaft strikt widersetzt.

Ganz anders ist das Bild bei Agrarausschuß und Innenausschuß, die eine grundlegende Überarbeitung der Verordnung mit Schwerpunkt im Bereich der Altanlagen verlangen. Diese sind in der Tat das eigentliche Umweltproblem. Im Vergleich zu ihnen spielen die Emissionen aus neuen Anlagen kaum eine Rolle, so daß eine wesentliche Verbesserung der Emissionssituation und damit eine Umweltentlastung in einem überschaubaren Zeitraum nur durch Stilllegung und Ersatz alter Anlagen oder durch Nachrüstungsmaßnahmen erreicht werden kann.

Gerade hier liegt bekanntlich auch der Ansatzpunkt des hessischen Gesetzentwurfs für ein Schwefelabgabengesetz, der eine Umstellung der Altanlagen mit marktwirtschaftlichen Mitteln, nämlich dem Kostendruck einer Schwefelemissionsabgabe, fördern will.

Was Agrar- und Innenausschuß des Bundesrates an Änderungswünschen formuliert, was insbesondere der Agrarausschuß in seiner Generalbegründung ausgeführt hat, läuft auf eine politische Ohrfeige für den Bundesinnenminister hinaus. Die Verordnung bedürfe "wesentlicher" Verbesserungen heißt es dort. Und weiter: Der Ordnungsgeber habe die Grenzen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht ausgeschöpft, den Umfang der Kostenbelastung durch den Umweltschutz habe er über-, den des ökologischen Schadens unterbewertet.

Die im einzelnen technisch höchst komplizierten Empfehlungen der beiden Fachausschüsse haben folgende Schwerpunkte:

- Eine vollständige Rauchgasentschwefelung nach gegenwärtigem technischen Standard soll nicht erst bei Großanlagen ab 400 Megawatt einsetzen (so der Vorschlag der Bundesregierung), sondern bereits bei Mittelanlagen ab 300 Megawatt (Hessen hatte ab 200 Megawatt beantragt). Das bedeutet in dem Bereich von 300 bis 400 Megawatt eine Verbesserung auf das Fünffache, nämlich von 2.000 auf 400 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter.



- Für Stickoxidemissionen soll der für Festbrennstoffe geltende Wert um circa zehn Prozentpunkte verschärft werden.
- Eine Reihe von Ausnahmeregelungen, zum Beispiel zugunsten von Anlagen mit Kraft-Wärmekoppelung, soll im Interesse des Umweltschutzes gestrichen werden.
- Bei den Altanlagen - Schwerpunkt der Änderungsvorschläge - soll die absolute Umstellungsfrist auf Vollentschwefelung (400 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter) von vorgesehenen zehn Jahren (Bundesregierung) auf acht beziehungsweise sieben Jahre (unterschiedliche Vorschläge von Agrar- und Innenausschuß) herabgesetzt werden.

Die Übergangsregelungen für Altanlagen sollen drastisch verschärft werden: Bei unbeschränkter Restnutzung von Altanlagen - sie wird ab 30.000 Stunden Restnutzungsdauer angenommen - sollen alle Feuerungsanlagen über 100 Megawatt nach einer Entscheidungsfrist von einem Jahr voll entschwefelt werden. Die Bundesregierung hatte dies nur für Großanlagen ab 400 Megawatt vorgesehen und unbeschränkte Restnutzung mit Folge der Vollentschwefelung erst ab 40.000 Stunden angenommen. Der diesbezügliche Änderungsvorschlag würde über den bisherigen Rahmen der Verordnung hinaus weitere 500 Anlagen der Notwendigkeit von Entschwefelungseinrichtungen unterwerfen.

Der bisherige (mangelhafte) Entschwefelungsstatus soll schließlich nur bei einer auf 10.000 Stunden beschränkten Restnutzung von Altanlagen zulässig bleiben (Bundesregierung: 15.000 Stunden). Für die mittlere Restnutzung von 10.000 bis 30.000 Stunden soll die Maximalkonzentration an Schwefeldioxid auf 2.000 Milligramm pro Kubikmeter herabgesetzt werden, während es die Bundesregierung bei 2.500 Milligramm hat bewenden lassen wollen.

Welche Linie sich im Bundesrat schließlich durchsetzen wird, die des Wirtschaftsausschusses oder die des Agrar- beziehungsweise Innenausschusses oder ob es ein Compositum Mixtum geben wird, läßt sich derzeit angesichts der überall herrschenden Meinungsstreits noch nicht übersehen. Die hessische Landesregierung wird ihre bisherige umweltfreundliche Linie weiterverfolgen. (-/28.4.1983/ks/ca)

+ + +



Die Verbraucher haben Angst

Nur ein offener Dialog kann das Mißtrauen wieder beseitigen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Beauftragte für Verbraucherpolitik des SPD-Vorstandes

Viele Verbraucher haben heute Angst, durch schädliche Chemikalien in Lebensmitteln krank zu werden. Ursache dieser Angst sind täglich neue Berichte über Gefahren, die aus zu hohen Rückständen von Pflanzenbehandlungsmitteln und Tierarzneimitteln und aus der Verunreinigung des Wassers, des Bodens und der Luft mit Schwermetallen und anderen gesundheitsgefährdenden Chemikalien in den Lebensmitteln entstehen. Es wird berichtet über DDT in der Muttermilch, Blei in Lebensmittelkonserven, Cadmium in Leber, Nieren, Obst und Gemüse, Nitrat im Wasser, Schwefel im Wein, Östrogen in Kalbfleisch, Antibiotika im Schweinefleisch, Quecksilber in Fischen, Schwefeldioxid und Stickoxide in der Luft. Der Saure Regen, der nicht nur den Wald zerstört, sondern auch die Menschen schädigt, und auch das Verschwinden der Dioxin-Fässer haben zwar mit Lebensmitteln nichts zu tun; aber auch diese Vorfälle wirken mit, die Angst der Verbraucher vor gesundheitsschädlichen Chemikalien zu vergrößern. Schließlich sind auch die Contergan-Katastrophe und die schrecklichen Folgen des vergifteten Olivenöls in Spanien noch in lebendiger Erinnerung.

Auch wenn die Gefahren des Rauchens, des Alkoholkonsums und des Autofahrens größer sind als die Gefahr, durch Cadmium oder Blei in der Nahrung krank zu werden: Die Verbraucher haben zunehmend Angst vor schädlichen Chemikalien und wehren sich gegen die Verantwortlichen. Sie organisieren sich in Verbrauchervereinen, sie schreiben Aufklärungsschriften, sie verteilen Flugblätter, ändern ihr Einkaufsverhalten und rufen sogar zum Boykott auf.

Die Landwirtschaft und die Ernährungsindustrie beginnen dies zu spüren. Auf einer Veranstaltung des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) mit dem Leitthema "Wie sicher sind unsere Lebensmittel" versuchte die Lebensmittelwirtschaft letzte Woche, die Öffentlichkeit und die Verbraucher zu beruhigen. Ob dies gelungen ist, muß bezweifelt werden. Der Kreis der Eingeladenen umfaßte außer der Bonner Bürokratie und den einschlägig ausgewiesenen Abgeordneten lediglich die etablierten Verbraucherorganisationen. Die Verfasser der kritisierten Schriften fehlten, so daß die Sachvorträge der - meist dem BLL ohnehin als Sachverständige verbundenen - Wissenschaftler nur ein mattes Echo fanden. Keine Spur von Dialog.

Die Angst vor schädlichen Chemikalien in Lebensmitteln kann nur abgebaut werden, wenn man die Ursachen für diese Ängste ernst nimmt, erforscht und so schnell wie möglich beseitigt. Dazu gehört auch etwas Psychologie, woran es bei dieser PR-Veranstaltung fehlte.

Folgende konkrete Maßnahmen müssen ergriffen werden:

1. Das Lebensmittelrecht muß durch eine Umweltkontaminantenverordnung weiterentwickelt werden.
2. Kriminelle Verstöße gegen Verbraucherschutzgesetze wie das Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Gesetz und das Arzneimittelgesetz müssen durch wirksamere Kontrollen bekämpft werden.
3. Die Quellen und Wege der Verunreinigung der Lebensmittel müssen durch regelmäßig fortgeschriebene Belastungskataster für Umweltkontaminanten und Krebsregister aufgedeckt werden.
4. Eine sachliche Aufklärung über die bestehenden Gefahren und Hinweise für vernünftiges Verbraucherverhalten sind notwendig.

Daß diese Aufgabe vorwiegend von öffentlich finanzierten Verbraucherinstitutionen geleistet werden muß (die noch dazu von den geldgebenden Ministerien manchmal erheblich gebremst werden) und daß die Ernährungswirtschaft sich mehr auf kostspielige Imagewerbung beschränkt, ist ärgerlich. Unerträglich aber wird der Zustand, wenn die für mehr Verbraucherschutz eintretenden Personen als "Ernährungsterroristen" beschimpft werden, wie dies Adolf Herkenrath, CDU, im Deutschland-Union-Dienst zitierend tut. Das hilft der Landwirtschaft und Ernährungsindustrie genauso wenig, wie Versuche, den Verbraucherzentralen kritische Information im Bereich Ernährung zu verbieten. Nur durch einen offenen Dialog werden solche Ängste kleiner.

(-/28.4.1983/ks/ca)

+ + +

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

(Teil I)

Die Ruhrgebiets-CDU und die Konsequenzen für die SPD

Von Joachim Poß MdB

Die Ruhrgebiets-CDU ist zur Zeit dabei, sich Mut einzureden. In den Tagen nach der Wahl wurden gar die "Ruhr-Tage" der CDU als erfolgreiches Beispiel für Vertrauensarbeit und Erklärung für einen relativen Wahlerfolg bemüht. Indes haben die Ruhrtage der CDU mit dem Wahlergebnis genausowenig zu tun wie der Nordrhein-Westfalen-Tag der SPD. Es ist wichtig, aber nicht ausreichend, eingeschworene Anhänger zu mobilisieren.

Faktum ist: Das Wahlergebnis ist für die SPD angesichts des Bundestrends und der objektiven Belastungsfaktoren (zum Beispiel hohe Arbeitslosigkeit) erstaunlich gut. Im übrigen spielte der "Strauß-Effekt" sowohl bei der Landtags- als auch bei der Bundestagswahl 1980 eine Rolle, wenn auch abgeschwächerter als im norddeutschen Bereich.

Worauf ist nun das spezifische Wahlverhalten an der Ruhr zurückzuführen? Die nachfolgend genannten Faktoren erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und stellen lediglich eine Grobskizze dar. Die Mediensituation bleibt hierbei ausgeklammert.

1. Kompetenz und Glaubwürdigkeit

Der der Union zugesprochene Vorsprung in der wirtschaftspolitischen Kompetenz schlägt bisher lediglich bei den sogenannten Aufsteigern durch, an denen das jahrelange propagandistische Trommelfeuer der angebotsorientierten Wirtschaftspublizisten natürlich nicht spurlos vorbeigegangen ist. Diese, die sozialdemokratische Programmatik im ökonomischen Bereich diffamierende Propaganda festigte zudem ein gewisses - auch im Ruhrgebiet anzutreffendes - Potential mittelständischer Wechselwähler im konservativen Bereich.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft und ihre Familien mißtrauen jedoch aufgrund geschichtlicher Erfahrungen (zum Beispiel Zechenstilllegungen) und des Einblickes in betriebliche Abläufe (Rationalisierungsfolgen) den konservativen Krisenlösungskonzepten, die nach ihrer Auffassung die Probleme weiter verschärfen. Äußerungen wie die von Worms über weitere Zechenstilllegungen und den Bau von Kernkraftwerken bestätigen diese Befürchtungen. Einem bewußten und geschulten Gewerkschafter konnten noch so eifrige CDU-Propagandisten eben nicht klarmachen, daß für den Abbau von 1.000 Arbeitsplätzen in seinen Unternehmen die SPD die Verantwortung trägt. Bei dem unengagierten, häufig leider auch ungelerten Arbeiter verfiel die äußerst geschickte CDU-Parole "Wir schaffen Arbeitsplätze für's Revier" schon eher.

Allerdings darf man aus dem Mißtrauen des allergrößten Teils der engagierten Arbeitnehmer gegenüber den konservativen "Milch und Honig-Parolen" einerseits und SPD-Verleumdungsorgien andererseits nicht schließen, daß ihnen die sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungsphilosophie, über den Rahmen von Schlagworten hinausgehend klar wäre. Und genau an diesem Punkt wird die SPD ansetzen müssen, wenn sie die Basis der Zustimmung im Umfang des jetzt gegebenen Potentials sich erhalten will. Die struktur- und beschäftigungspolitischen Zusammenhänge und ihre klare, verständliche Erklärung müssen auch in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik gestellt werden. Vereinfacht und verkürzt gesagt: Jeder Ortsvereinsfunktionär, zumindest jeder kommunale Mandatsträger, muß die Grundzüge der im Wahlprogramm und den Münchener Beschlüssen skizzierten wirtschaftspolitischen Vorstellungen erläutern können. Nur so wird man die gerade in der Wirtschaftspolitik zweifelsohne gegebene programmatische Überlegenheit - gegenüber CDU/FDP einerseits und "Grünen" andererseits nutzen können.



2. Die Bindungskraft des Milieus

Duisburger Stadtforscher sprachen nach der Wahl von einem "verspäteten Machtwechsel" im Ruhrgebiet. Sie verweisen zu Recht darauf, daß das Arbeitermilieu als Basis für die hohen Revierergergebnisse der SPD immer schmaler geworden ist. Viele Arbeiterhaushalte ordneten sich durch Einheirat, bessere Ausbildung der Kinder unter anderem mehr bürgerlichen Schichten zu, womit diese Gruppen auch für die CDU leichter erreichbar werden. Darüber hinaus wird zutreffend festgestellt, daß der Anteil der Wechselwähler aus der SPD-Stammwählerschaft steigt und sich neben der SPD mit den Grünen eine relativ starke Gruppe einzurichten beginnt, die Anziehungskraft auf ursprüngliches SPD-Wählerpotential ausübt.

Nun sollte man sich vor Augen führen, daß es sich beim Ruhrgebiet der gesamten Struktur und dem Charakter nach um eine "verspätete Region" handelt.

Die Sozialdemokratie gelangte vor der Jahrhundertwende, zu einem Zeitpunkt, in dem sie in den Großräumen Berlin und Hamburg, aber auch in sächsischen und bergischen Gewerbegebieten Reichstagsmandate eroberte, über den Status einer kleinen Splitterpartei noch nicht hinaus. Die Ursachen, die an dieser Stelle nicht näher erläutert werden können, sind in einem informativen Beitrag von Karl Rohe (Reihe Geschichte und Theorie der Politik, FU Berlin, Band 5) nachzulesen. Jedenfalls gab es eine langjährige politische Dominanz des "bürgerlichen" (insbesondere der Nationalliberalen) und katholischen Lagers an der Ruhr. Beiden Lagern ist es in der Zeit von 1870 bis 1895 gelungen, breite Kreise der Arbeiterschaft positiv für sich zu mobilisieren. Ein sich seiner Gemeinsamkeiten und seines "Andersseins" bewußtes Arbeitermilieu war noch nicht vorhanden. Katholische Bildungsschichten als politische und gesellschaftliche Fürsprecher und konservativ-liberale Parteien auf protestantischer Grundlage mit nationaler Betonung prägten das politische Bewußtsein der aus agrarischen Strukturen zugewanderten Arbeiter. Erst mit der zweiten Einwanderungswelle verschob sich das Bild.

Grundsätzlich - so Rohe - ist davon auszugehen, daß trotz aller über Alltagskommunikation und Organisation vermittelten Bewußtseinsformung Milieus nur solange anwachsen und auf Dauer überleben, wie ihnen eine bestimmte materiell-ideelle Interessenslage und Bewußtseinslage entspricht.

Damit komme ich zum 6. März 1983 zurück. Das SPD-Ruhrergebnis war so relativ gut, weil Interessenslage und Bewußtseinslage bei einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft (und nicht nur der Arbeiter) noch übereinstimmen. Die "Bodenhaftung" der Sozialdemokraten im gesellschaftlichen Umfeld trägt noch. Die SPD wird in ihrer Parteiliebe darauf Wert legen müssen, daß sie im sich verändernden "Milieu" präsent bleibt. Hinzu kommt ein weiterer Punkt. Wählerpotentiale müssen ausgeschöpft werden. Dazu bedarf es bestimmter Integrations- und Mobilisierungsmechanismen.

Diese Mechanismen beginnen bei einer systematischen Stärkung des traditionellen Umfelds. Das geht nur über unzählige Kontakte zu den Gewerkschaften, Betriebsräten, Gewerkschaftsjugend, Arbeiterwohlfahrt (AWO), Falken, Naturfreunde. Welcher SPD-Funktionär verläuft sich schon einmal in einen Gesprächskreis der "Falken"?

Die Zustimmung zur SPD in dem genannten Bereich ist schon länger nicht mehr selbstverständlich. Das ist sowohl durch die SPD-Regierungspolitik als auch durch örtliche Entwicklungen begründet. Ich sehe aber die konkrete Chance, daß entstandene Kommunikations- und Glaubwürdigkeitsdefizite aufgearbeitet werden können.

Die Bildung örtlicher Gewerkschaftsräte ist zum Beispiel eine solche Möglichkeit. Die Gesamtpalette der im Orientierungsrahmen '85 genannten vertrauensbildenden Maßnahmen ist zu prüfen. Die Differenzierung des Arbeitnehmerbegriffs spielt dabei eine wichtige Rolle. Auch der sogenannte soziale Aufsteiger sieht im Ruhrgebiet, auf die örtliche Ebene bezogen, in der CDU und FDP keinen präsenten und attraktiven Ansprechpartner. Selbst der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) sollte man es nicht zu leicht machen, die SPD zu übersehen. Für die SPD setzt die so beschriebene Vertrauensarbeit eine gesprächsoffene Kommunal- und Parteipolitik voraus, die viele "kleine Netze" knüpft. (./28.4.1983/ks/ca)

Nicaragua - Der Kampf eines Volkes

Die USA schlagen der sowjetischen Machtpolitik eine Bresche

Von Jean-Noël Rey

Sekretär der sozialdemokratischen Bundesversammlung der Schweiz

Im Rahmen einer breitangelegten Reise durch die Länder Mittelamerikas und der Karibik bot sich mir die Gelegenheit, Nicaragua eine Visite abzustatten. Es ist ein Land mit einer Bevölkerungszahl von etwa 2,5 Millionen, wovon sich allein deren 700.000 in der Landeshauptstadt Managua aufhalten, während sich der Rest auf ein Gebiet verteilt, das rund zweieinhalbmal das Territorium der Schweiz umfaßt. Im Juli des Jahres 1979 vertrieb das Volk Nicaraguas den Diktator Somoza, dessen blutrünstige Machenschaften weltweit angeprangert und verurteilt worden waren, und seither bemüht sich eine sogenannte sandinistische Revolution (der Name geht auf den ersten berühmten Freiheitskämpfer Sandino zurück), die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Eine Gesellschaft auf den Prinzipien des Pluralismus, der Solidarität, der Menschlichkeit.

Im Verlaufe von drei Jahren ist es der Revolutionsregierung (bestehend aus der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront FSLN, der Sozialistischen Volkspartei, der Unabhängigen liberalen Partei und der Kommunistischen Partei) gelungen, innerhalb einer großen, das ganze Volk erfassenden Kraftanstrengung phantastische Erfolge zu erreichen. Die Alphabetenrate ist von 45 auf 90 Prozent geklettert, die Präventivmedizin ist gefördert worden, die Intensität der ärztlichen Betreuung und Anhörung hat sich verdreifacht, die verheerenden Krankheiten, die früher ganze Bevölkerungen dezimiert hatten, sind endgültig besiegt worden. Nicht von ungefähr hat die Weltgesundheitsorganisation die hygienisch-sanitarische Politik Nicaraguas als ein eigentliches Modell für Entwicklungsländer bezeichnet und bekräftigt. In der Wirtschaftspolitik wurde das Schwergewicht auf die Landwirtschaft gelegt, um dadurch vor allem die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten. Deshalb werden solche Produkte auch weiterhin nach Kräften gefördert.

Da ich den Vorzug hatte, vom nicaraguanischen Parlament - dem Staatsrat - eingeladen worden zu sein, konnte ich mit verschiedenen Verantwortung tragenden Politikern und Persönlichkeiten Kontakte knüpfen: Mit Regierungspolitikern, mit Vertretern der politischen Opposition, mit Vertretern der katholischen Kirche.



Ich habe ein Volk entdeckt. Ein Volk, das in hartem Abwehrkampf steht, um Würde und Freiheit zu verteidigen. Denn alle, von den Revolutionären bis hin zur Opposition, verurteilen die Aggression, die vom Territorium des benachbarten Honduras ausgeht und von der Reagan-Administration finanziert wird. "Wir haben den alten Somoza nicht verjagt, um ihn durch seinen Sohn, der die somozistischen Banden befehligt, zu ersetzen", heißt es allenthalben, über Banden, die die sandinistische Revolution erdrosseln wollen.

Nicaragua erlebt gegenwärtig keinen Bürgerkrieg, sondern eine gezielte äußere Aggression, die die Sandinisten lahmlegen und somit die laufenden sozialen und ökonomischen Reformen hintertreiben will.

Die amerikanische Politik in Nicaragua, die zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik in den Vereinigten Staaten selbst gerät, greift den Demokraten Mittelamerikas nicht unter die Arme. Im Gegenteil. Und noch schlimmer: Sie schlägt der sowjetischen Machtpolitik willkommene Breschen. Denn durch den Umstand, daß die USA in Nicaragua eine oppositionelle Guerilla kräftig unterstützen, werden die Sandinisten buchstäblich gezwungen, die zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution unerläßlichen Mittel dort zu suchen, wo sie noch zu haben sind. Gesagt, getan, und schon stürmt Washington los, um den anklagenden Zeigefinger auf den moskowitzischen Imperialismus in Mittelamerika zu richten - ein wahrer Teufelskreis, der nur durch massive westliche Hilfeleistungen aufgebrochen werden kann. In der gegenwärtigen Lage stammen 20 Prozent der Nicaragua zugebilligten Kredite aus Westeuropa, und meine verschiedenen Gesprächspartner haben denn auch mehrmals auf die Wichtigkeit verwiesen, mit den westeuropäischen Demokratien gute Beziehungen zu unterhalten.

Sehen wir das doch ein: Was zählt, ist die Realität, die Ideologie mag in der Versenkgrube verschwinden! Da gibt es ein Volk, das nicaraguensische, das die Ketten der Knechtschaft abgelegt hat, das gegen Hunger, Elend und Analphabetentum kämpfte. Und da haben wir kein Recht, von hoher Selbstgefälligkeit aus, strenge Werturteile zu fällen. Vielmehr geht es darum, daß wir zu verstehen versuchen und solidarisch handeln.

Freilich: Die Revolution in Nicaragua eckt an unserem Komfort an. Sie zeigt uns, wie sehr unser westlicher Reichtum auf dem gekrümmten Buckel der Dritten Welt angehäuft ist. In Nicaragua trägt das Problem die Konfliktmarke Nord-Süd und kauft Ost-West. Präsident Reagan will das nicht einsehen. Die Sozialistische Internationale hat es schon seit geraumer Zeit verstanden.

(-/28.4.1983/ks/ca)

* * *

